Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 10

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kadar dekretiert den Patriotismus

Y. Das Klima in Belgrad, Bukarest und Prag lässt die Budapester Verkrampfung in althergebrachten KP-Schablonen und KP-Praktiken immer drastischer erscheinen. Je abgründiger sich das Stimmungstief erweist (das sich unter anderem in sprunghaft gestiegenen Flüchtlingszahlen äussert), in welches Ungarn als Folge der ringsum spriessenden Entfaltung gerät, desto lauter tönt Kadars Hohelied vom «sozialistischen Patriotismus».

Freilich haben bisher weder der Parteichef selber noch seine mehr oder weniger federgewandten Gehilfen zu erklären vermocht, was unter diesem Begriff eigentlich zu verstehen sei. Am allerwenigsten heute, da alle sozialistischen Nachbarn — mit Ausnahme der Sowjetunion — der Heimat und dem Staatsbürger eine geistige, menschliche und politische Rolle beimessen, deren Substanz der magyarischen Konzeption weit voraus ist. Besonders peinlich erweist sich das bei den ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Rumänien und Jugoslawien, die heute auf ihre Landsleute im Mutterland mit mitleidiger Herablassung blicken, da jene unverändert und vorbehaltlos dem Moskauer Kommando bzw. dessen Budapester Exekutivorganen unterworfen sind. In dieser Hinsicht sind die ungarischen Zeitungsstände bezeichnend. Nirgends liegen hier die grossen und repräsentativen ungarischsprachigen Zeitungen «Uj Szo», «Elöre» oder «Magyar Szo» auf, die in der CSSR bzw. in Rumänien und Jugoslawien erscheinen. Zuviel von dem, was dort gedruckt wird, gilt in Budapest zur Stunde als «staatsfeindlich».

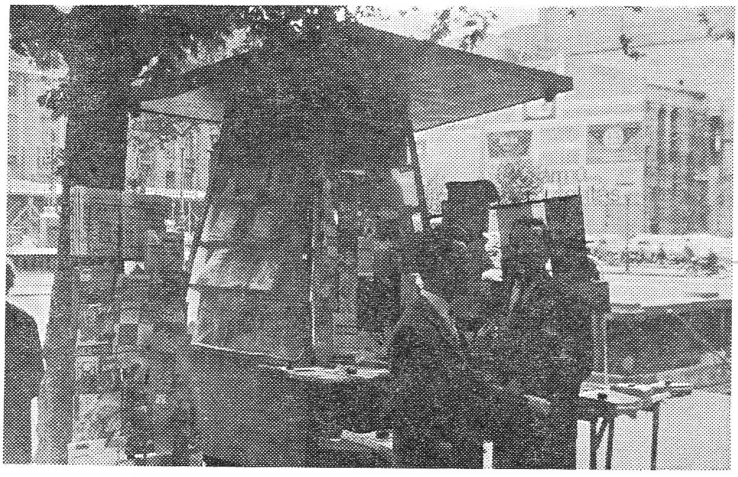
Nichts plagt die Ungarn mehr als das Bewusstsein ihrer geistigen Unfreiheit, ja geradezu ihrer staatsbürgerlichen Minderwertigkeit im Vergleich mit andern Völkern des «sozialistischen Lagers». Darum ist denn auch das Kadar-Regime inmitten des allgemeinen periferen politischen Vorsommers nachhaltig bemüht, «patriotische» Beruhigungspillen zu verabreichen. Sie schmecken jedoch auch dann bitter, wenn etwa «Magyar Nemzet» mit idyllisch-poetischem Aufwand an die Tränendrüsen zu rühren versucht. Oder gar auf die «Unzerreissbarkeit» der Bande mit dem Vaterland hinweist. Auf die Verkettung mit Kadar-Ungarn, die immerhin nicht allzufest sein dürfte, pflegen doch selbst von den proletarisch gesiebten IBUSZ-Reisegesellschaften im schönen Monat Mai auf 34 Personen eines Busses bis zu 20 und mehr in Wien abzuspringen! Und dies, obgleich die Reiseleiter unterwegs über die Lautsprecheranlage regelmässig und pflichtgetreu alle Schrecknisse möglicher Flüchtlingsschicksale in eindrücklichen Tönen schildern.

Um das Bedürfnis nach Modernität wenigstens ersatzweise zu stillen, weist man auf die Wirtschaftsreformen und auf technische Errungenschaften hin. So lädt etwa der Journalist Peter Ruffy seine Landsleute ein, ihren magyarischen Stolz auf die neuen Hotels am Plattensee anzuwenden. Aber nicht einmal diese Tröstung ist sehr tauglich, da ziemlich jedermann weiss, dass gerade die neuen Hotels primitivste Bauschäden aufweisen: defekte Aufzüge, lockere Fensterläden und Parkettböden, tropfende Wasserhahnen oder überhaupt kein Wasser in den höheren Stockwerken, weil die Pumpanlagen unzureichend sind. Das gilt für die Wunderwerke sowohl in Tihany als auch in Siofok. Oder sollten die Ungarn etwa mit Tibor Pethö über den «neuen Geist» jubeln, der angeblich den frisch aus der Taufe gehobenen Wirtschaftsmechanismus beseelt, wo er doch bisher der Bevölkerung nichts gebracht hat ausser Preiserhöhungen. Dass Wirtschaftsreformen auch politisches und soziales Neudenken erfordern, wenn sie echte Besserung bringen sollen, ist eine Ansicht, die hier als rabenschwarze Häresie gilt.

Oder wird man sich dadurch besser mit der Gegenwart abfinden, dass man sich die fürchterliche Vergangenheit vor Augen hält? Nein, nicht die stalinistische, über die man heute wieder mit Schweigen hinwegzugehen hat, sondern die von Urgrosspapa. Eben hat Kadars schöngeistiger Kulturapostel György Aczel in einem Vortrag vor der Polit-Akademie der österreichisch-ungarischen Monarchie wieder einmal ins Stammbuch geschrieben, dass sie ein mit «teuflischer Politik beherrschtes Völkergefängnis» gewesen sei. Wie werden sich da die Bürger vergleichsweise über die wohlbefestigten Grenzen des neuen Ungarns freuen, die sie fürsorglicherweise davon abhalten, sich im hässlichen Ausland umzuschauen!

Am strammsten äussert sich der patriotische Drall indessen im neuen Studienprogramm der beiden letzten Mittelschulklassen für 1968/69. Die 17- und 18jährigen sollen nun vorzeitig zur Landesverteidigung vorbereitet werden. Geschichte, Literatur und Geographie werden den Zöglingen im Sinne der gesteigerten kommunistischen Kampfbereitschaft eingetrichtert. Die jungen Leute müssen über den Segen des Warschauer Paktes Bescheid wissen, vermehrt und intensiviert Wehrsport betreiben und auch während ihrer Freizeit, allenfalls bei Klubabenden, im militärischen Sinn auf Vordermann gebracht werden.

Alles für das Vaterland, lautet die Parole. Entsprechend rasch sucht man den Mehrbedarf an Instruktoren zu befriedigen. Da die allgemeine Dienstpflicht mit 18 Jahren beginnt und (für Nichtakademiker) 24 Monate dauert, will nun anscheinend Janos Kadar seine Jünglinge bald 48 Monate in Uniformen gekleidet haben. Die bisherigen Ueberzeugungsmittel, die auch schon ordentlich massiv waren, genügen offensichtlich nicht, um die magyarische Jugend auf die Linie zu bringen, wo man sie gerne haben möchte.



Budapest, Vörösmarty-Platz. Keine einzige ungarischsprachige Zeitung aus Jugoslawien, Rumänien oder der CSSR erhältlich.

Rumänische Abrechnung

Eine äusserst scharfe Abrechnung mit der sowjetischen Bevormundung anderer kommunistischer Parteien und Länder enthält ein von Dumitru Popescu gezeichneter Artikel, der in der Bukarester Parteizeitung «Scinteia» erschienen ist und von anderen Zeitungen abgedruckt wurde. Hier heisst es unter anderm:

«Eine kommunistische Partei, welche die öffentliche Meinung... sowie die Interessen und Bestrebungen der Nation ignoriert, ist zur Isolierung verurteilt... Die Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung kennt zahlreiche Misserfolge und tragische Situationen, die darauf beruhen, dass diese grundlegende Wahrheit nicht beachtet wurde. Einige kommunistische Parteien, die sich nicht von inneren Notwendigkeiten, sondern von Direktiven, die von aussen kamen, von auswärtigen, von bestimmten Umständen diktierten Interessen leiten liessen, machten im Laufe der Zeit wahre Tragödien durch...

Zur Veranschaulichung dieser Tatsache genügt ein Hinweis auf die Geschichte unserer eigenen Partei. Unter Gegebenheiten, da Ausländer, Mitglieder anderer kommunistischer Parteien die der Lebensatmosphäre unserer Nation, der Existenz des rumänischen Volkes fremd waren, zu Parteiführern, ja sogar zu Generalsekretären ernannt wurden, unter Gegebenheiten da die Komintern die politische Linie die Strategie und Taktik unserer Partei nach den sozialen Bedingungen anderer Länder, die den unseren häufig diametral entgegengesetzt waren, bestimmte, mussten zwangsläufig... Erscheinungen ideologischer Verwirrung sowie Zerrüttung in der Partei zutage treten...

In dieser Hinsicht ist die unserer Partei aufgezwungene These zu trauriger Berühmtheit gelangt, wonach Rumänien ein aus mehreren Nationen bestehender Staat sei, geschaffen auf Grund von ‚Besetzung fremder Territorien', eine These, die logischerweise auf die Zerstückelung unseres Landes den Zerfall des rumänischen Volkes hinzielte, oder die Art, wie die Komintern den von den Kommunisten... eingeleiteten Kampf gegen den versklavten rumänisch-deutschen Pakt von 1939 hemmte...

Alle Erfahrungen der kommunistischen Bewegung Rumäniens wie die anderer Länder unterstreichen als objektives Gesetz... das unveräusserliche Recht einer jeden Partei, über ihre Handlungen frei zu entscheiden...»

Guerillakämpfer wartet ab

Ein ungewohntes Interview hat ein afrikanischer Guerillakämpfer abgegeben, der in China ausgebildet worden ist. Er weigert sich, in Rhodesien am bewaffneten Kampf teilzunehmen, weil dieser nach seiner Ansicht unter falschen Vorzeichen steht. Er werde erst dann eingreifen, wenn die Aussicht bestehe, dass die Bewegung in eine Revolution münde, die den maoistischen Gedankengängen entspreche.

In seinen Ausführungen für die britische Presse beschreibt der Afrikaner zunächst, wie er in Salisbury angeworben wurde, dann über Malawi nach Dar-es-Salaam, von dort nach Kairo und über einen nicht genannten pakistanischen Flugplatz nach China gelangte. In der Nähe von Schanghai wurde ihm dann eine intensive Ausbildung von mehreren Monaten zuteil.

Die Schilderung der Schulung entspricht im grossen und ganzen dem, was vor einigen Jahren auch über ähnliche Lager in der UdSSR und in Osteuropa bekannt geworden war. «Einige von uns wurden für Radioverbindungen vorbereitet, anderen wurde beigebracht, Sprengkörper herzustellen usw. Sorgfältig geübt wurden auch Selbstverteidigung und waffenloser Kampf. Nach fünf Monaten fingen wir an, gute Guerillas zu werden.»

Aber ausserhalb dieser Ausbildungspraxis zeigen sich Unterschiede. Rassische Ressentiments, die etliche Afri-

kaner in Osteuropa gegenüber ihren Instruktoren fühlten, sind nach dieser Darstellung in China inexistent. Die Chinesen scheinen sich mit ihren Zöglingen tatsächlich vollkommen identifiziert zu haben. Jedenfalls jene Chinesen, die im Lager zu tun hatten, da es ausserhalb dieses Rahmens zu keinen Kontakten mit der Bevölkerung kam. Immerhin seien Gefühle von rassischer Ueberlegenheit oder Unterlegenheit nie aufgekommen. Auch erklärt sich der afrikanische Guerillakandidat von den weitgehenden Kenntnissen der Chinesen über die rhodesischen Zustände überrascht.

Ueber die ideologische Ausbildung wird in diesem Interview nichts ausgesagt, obwohl der Leser zur Kenntnis nehmen kann, es seien Kurse darüber abgehalten worden, «wie man den Bauern gegenüber Gehirnwäsche anwendet». Doch der Mann selbst kam jedenfalls nach Afrika mit dem Willen zurück, sich solange im Hintergrund zu halten, als die Bedingungen für eine wirkliche Revolution nicht reif seien. Er gibt dazu folgende Begründung:

«Einige meiner Freunde, die nach Rhodesien zurückkehrten, wurden getötet oder gefangen. Warum stehe ich abseits? Ich habe dafür zwei Gründe. Einmal habe ich kein Vertrauen in die militärische Führung und Organisation des bewaffneten Kampfes. In den Einheiten vermischen sich junge Leute, die in den verschiedensten Ländern ausgebildet worden sind. Die Guerillaausbildung variiert von einem Land zum andern, und die verschiedenen Methoden vertragen sich schlecht. Aber vor allem, und dies ist mein wichtigster Grund, wünsche ich nicht einfach einen nationalistischen bewaffneten Kampf, sondern eine Revolution. Man kann das nicht halb machen. Ich bin Maoist. Die Partei müsste die gesamte Bewegung kontrollieren, militärisch und politisch. Wenn ich in Rhodesien getötet werden soll, will ich die Gewähr haben, dass das für eine wirkliche Revolution geschieht und nicht einfach für einen Regimewechsel wie in Kenya. Wenn ich sicher bin, dass der Kampf in den richtigen Händen liegt und in die richtige Richtung geht, werde ich nach Rhodesien zurückkehren und wenn nötig sterben.»

Es ist schwer zu sagen, wie repräsentativ solche Aussagen sind. Wenn sie es sind, würde das bedeuten, dass in Afrika noch manche Guerillas auf ihre Stunde warten, diejenigen nämlich, denen eine nationale Unabhängigkeit nach dem Vorbild Kenyas ein Greuel ist.

Wo stehen die polnischen Arbeiter?

Wo standen die polnischen Arbeiter während der Studentenunruhen vom März dieses Jahres? Laut der überwiegenden westlichen Berichterstattung verhielten sie sich passiv, und laut der polnischen Pressedarstellung haben sie sich einmütig gegen die «zionistische Subversion» in akademischen Kreisen gewandt. Indessen gibt es gewichtige Indizien, die diesem Bild widersprechen.

In Krakau fanden die Studentendemonstrationen, an denen schliesslich rund 3000 Passanten teilnahmen, am 13. März statt. Sechs Tage später aber, am 19. März, brachte die dortige Zeitung «Gazeta Krakowska» folgende Meldung:

«Die Station für Erste Hilfe in der Siemiradzki-Strasse hat gestern 112 Personen behandelt. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um Patienten, die Verletzungen an ihrem Arbeitsplatz erlitten hatten. Mehrere von ihnen waren von Hunden gebissen worden.»

Bei dieser zunächst völlig rätselhaft anmutenden Nachricht muss man sich an zwei Dinge erinnern. Erstens befinden sich in Krakau die Nowa-Huta-Werke, die grössten Stahlwerke Polens. Sodann pflegt die polnische Polizei gegen Demonstranten Polizeihunde einzusetzen, ein Vorgehen, das gerade in Krakau knapp eine Woche zuvor öffentlich eingesehen werden konnte.

Bei den Leuten, die «an ihrem Arbeitsplatz» verletzt oder von Hunden gebissen worden waren, handelte es sich auf jeden Fall nicht um Studenten oder sonstige «zionistische Elemente». Dazu passt schon die Bezeichnung schlecht, und überdies hätte man den Vorfall nicht so diskret unterspielt, sondern vielmehr im Stil der laufenden Kampagne kräftig untermalt. Als mögliche Erklärung bleibt daher übrig, dass in den Nowa-Huta-Werken am 18. März ein Streik ausgebrochen war, der von der Polizei «behandelt» wurde und von einem Ausmass war, dass er 112 Verletzte zur Folge hatte. Unter den gegebenen Umständen liegt es nahe, an einen Solidaritätsstreik mit den demonstrierenden Studenten zu denken. Dass die Polizei einfach Hunde auf streikende Arbeiter hetzt, würde übrigens in jedem nichtkommunistischen Land als faschistisch bezeichnet.

Dieses Indiz verhilft westlichen Pressemeldungen über weitere Solidaritätskundgebungen der polnischen Arbeiter zu erhöhter Glaubwürdigkeit. Laut «Le Monde» und «New York Times» erhielten die Studenten des Warschauer Polytechnikums bei ihrem «sit-in» vom 21. März eine Solidaritätsbotschaft von den «echten Arbeitern» der Waggonfabrik PAFAWAG in Breslau.

Vorhang zwischen Jugoslawien und Ungarn

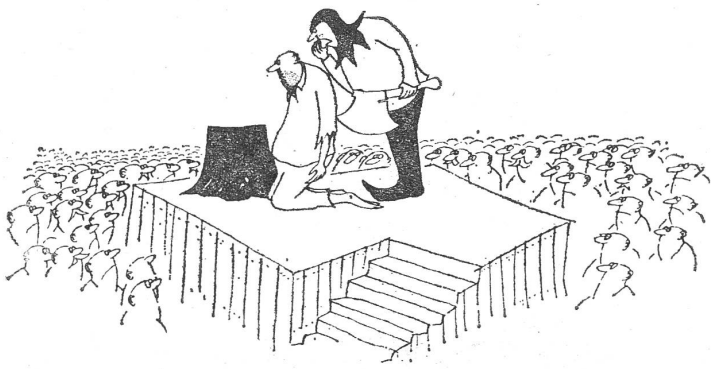
Y. Schon vor längerer Zeit hat die Budapester Wirtschaftszeitschrift «Figelö» ihren Warnfinger gegen die jugoslawischen Besucher in Ungarn erhoben, die unter Ausnützung ihres für Ost und West gleichwegs gültigen Passes im Lande Kadars mehr oder weniger schwunghafte Geschäfte tätigen. Jugoslawische Bürger kauften in Italien oder Oesterreich Uhren, Nylon-Regenmäntel, Schaumgummi-Erzeugnisse, Transistor-Apparate, Kakao und Alkohol ein, setzten diese Waren in Ungarn um und erstanden dafür hier Lebensmittel oder andere Güter zu verhältnismässig niedrigen Preisen, sofern sie sich nicht einfach in den Lokalen des ungarischen Grenzgebietes zu möglichst günstigen Bedingungen amüsierten.

Auf den Tadel der ungarischen Zeitungen an solchen Praktiken hatte die Belgrader Presse ungehalten reagiert. Hier stand zu lesen, dass sich die «lieben Nachbarn» über diese Umtriebe nicht wundern dürften, wenn ihre Wirtschaft so unfähig sei, dass derartige Erzeugnisse als Mangelware zu gelten hätten und damit Anlass zu rentablen «Geschäften» böten.

Rentabel waren solche «Spekulationen» zweifellos, liegen doch die offiziellen Preise der erwähnten Artikel in Ungarn um vieles höher als jene der illegalen Einfuhren. Der «neue Wirtschaftsmechanismus» des stillschweigend restalinisierten Kadar-Regimes vermochte sich dagegen auch nichts anderes einfallen zu lassen als eine Zwangswechselquote für jugoslawische Bürger. Pro Person und Einreise muss nunmehr jedermann, Jugendliche unter 16 Jahren ausgenommen, 50 neue Dinar gegen 120 Forint (rund 25 sFr.) wechseln, ob man sie braucht oder nicht. Für mehrköpfige Familien und insbesondere für Verwandschaftsbesuche im Grenzgebiet, kommt das jedenfalls einer empfindlichen Drosselung des vor zwei Jahren in Budapest mit erheblichem Propagandaaufwand verkündeten «visumfreien» Reiseverkehrs nach Jugoslawien gleich. Auch in der Gegenrichtung gibt es Schwierigkeiten. Janos Kadars Passpolizei ist bei der Erteilung von Reisebewilligungen nach Jugoslawien sehr sparsam geworden, seitdem dieses nach dem Westen zu offene Grenzen hat. In den Gaststätten von von Szeged, Mohacs und Pecs, wo man sich an splendide Kunden aus dem Nachbarland gewöhnt hatte, trauert man besseren Zeiten nach, und die Grenzübergänge sind verwaist. Unter diesen Umständen lohnen sich die Reisen für die jugoslawischen Bürger einfach nicht mehr. Auch interessant oder attraktiv sind sie kaum noch. Wer kann, fährt aus Jugoslawien viel lieber nach Triest, Udine, Graz oder Klagenfurt.

Weiter im Text...

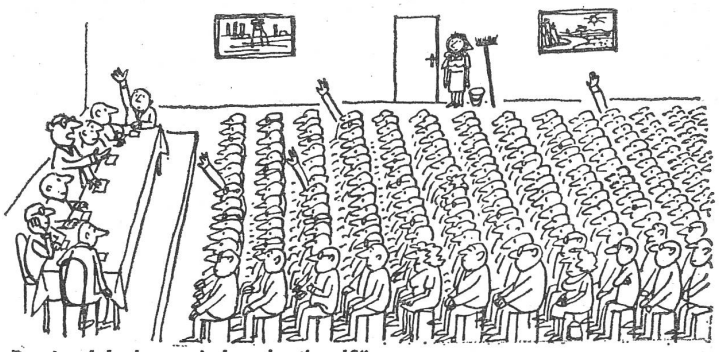
Das völlig neue Gefühl der Pressefreiheit: «Elender Zustand, das! Jetzt haben wir überhaupt nichts mehr, was sich zu reden lohnt. Die Zeitungen schreiben ja heutzutage alles, was man einander sonst erzählte.»



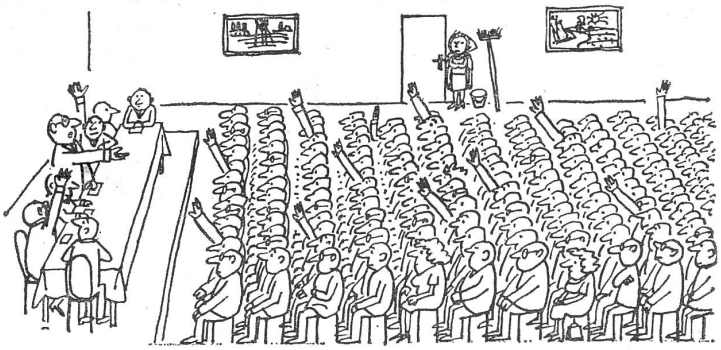
«Unter uns gesagt, ich bin ganz deiner Meinung: Nieder mit der Monarchie!» Man kann treuherzig fragen, warum denn die Tschechen jetzt so viele (siehe auch letzte Nummer) monarchische Probleme bewältigen ...

In der CSSR aus andern Gründen passend als in Westeuropa: «Mama, Papa, heute haben wir den Genossen Direktor überzeugt, dass er seinen Rücktritt nehmen müsse.»

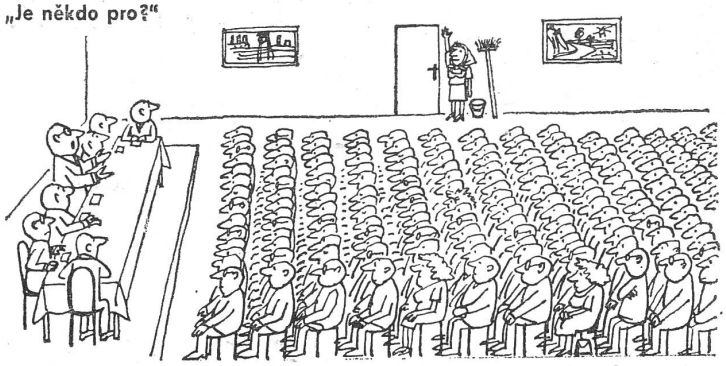
...mit «Dikobraz», Prag



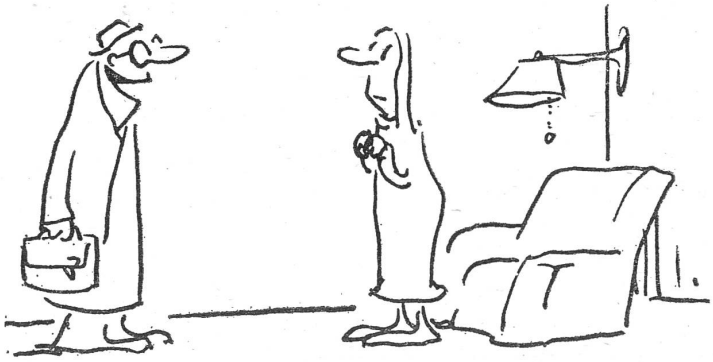
„Prosím, kdo je proti demokratizaci?"



„Je někdo pro?"



Abstimmungsphasen. Oben: «Wer ist gegen die Demokratisierung?». Mitte: «Wer ist dafür?». Unten: «Wer enthält sich der Stimme?»



«Wir haben 20 Kronen bekommen, von der Weltbank für Entwicklungsländer.»

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telephon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.